

Unterrichtung

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Malborn am Donnerstag, dem 29. April 2010 um 19.30 Uhr im Bürgerhaus in Thiergarten

Gemäß § 34 GemO hatte Ortsbürgermeisterin Neurohr als Vorsitzende die Mitglieder des Ortsgemeinderates durch schriftliche Einladung zu einer öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung eingeladen.

Ortsbürgermeisterin Neurohr eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Sie stellte fest, dass die Mitglieder des Ortsgemeinderates nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Ratsmitglied Lang beantragte die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt

„Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin“

zu erweitern.

Der Beschluss zur Erweiterung der Tagesordnung erfolgte einstimmig.

Demnach ergab sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Resolution für den Erhalt des Krankenhauses in Hermeskeil
2. Antrag zur Erhebung von Parkplatzgebühren
3. Gewerbliche Entwicklung
4. Erneuerung des Mietvertrages der Antennenanlage auf dem Dach der Steinkopfhalle der Fa. Deutsche Funkturm
5. Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin
6. Informationen
 - a) Wettbewerb „Kinder- und Jugendfreundliche Dorferneuerung 2010“
 - b) Fahrbahnverbreiterung K 113
 - c) DSL-Anschluss der Ortsgemeinde
 - d) Grüngutabfallsammelplatz

II. Nichtöffentlicher Teil

7. Grundstücksangelegenheiten
8. Personalangelegenheiten

I. Öffentlicher Teil

Zu Top 1: (Resolution für den Erhalt des Krankenhauses in Hermeskeil)

Einleitend teilte Ortsbürgermeisterin Neurohr mit, dass in der Presse über Veränderungen des zukünftigen Bestandes des Krankenhauses in Hermeskeil bis hin zur Schließung berichtet worden sei. Zudem sei sie von verschiedenen Einwohnern auf dieses Problem angesprochen worden. Das Krankenhaus Hermeskeil sei für die Einwohner der Ortsteile Malborn und Thiergarten ein unverzichtbarer Bestandteil der ärztlichen Versorgung in Wohnortnähe und auch Arbeitgeber. Auch für die strukturelle Entwicklung des hiesigen Raumes sei das Krankenhaus sehr wichtig. Es gelte daher für dessen Erhalt einzutreten. Der Verbandsgemeinderat Thalfang am Erbeskopf habe bereits in seiner Sitzung am 23.03.2010 eine Resolution zum Erhalt des Krankenhauses in Hermeskeil beschlossen.

Nach erfolgter Beratung wurde seitens des Rates nochmals die Bedeutung des Krankenhauses dargestellt. Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat folgende Resolution:

Resolution zum Erhalt des St. Josef-Krankenhauses Hermeskeil

Das St. Josef Krankenhaus Hermeskeil wurde in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts von Schwestern des Franziskanerordens aus Waldbreitbach gegründet und ist seitdem als Einrichtung zur Versorgung der akut-erkrankten Menschen sowie als Geburtshilfe-Klinik in der Hochwaldregion nicht mehr wegzudenken. Nicht nur bei den Bewohnern aus der **Verbandsgemeinde Hermeskeil**, sondern auch aus den Gemeinden der **Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf, Morbach, Kell am See, Ruwer** sowie den saarländischen Gemeinden **Nonweiler und Türkismühle** hat das Krankenhaus Hermeskeil aufgrund seiner hervorragenden Leistungen im medizinischen und pflegerischen Bereich sowie der guten Erreichbarkeit einen sehr guten Ruf. In den Jahren 2007/08 wurde am Krankenhaus Hermeskeil eine erhebliche Erweiterung und Modernisierung durchgeführt; insgesamt wurden – unter Inanspruchnahme einer 90 %-Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz – ca. 7 Millionen Euro investiert. Es bietet sich aktuell sowohl von seiner Ausstattung mit hochqualifizierten Fachärzten und medizinisch-technischem Gerät als auch von seinem Erscheinungsbild her als moderne Klinik dar.

Im **Landeskrankenhausplan von Rheinland-Pfalz** ist es als „**Krankenhaus der Grundversorgung**“ mit 180 Betten ausgewiesen. Die Abteilungen der Inneren Medizin, der Chirurgie und der Anästhesie/Intensivmedizin bilden den Schwerpunkt der medizinischen Versorgung. Zusätzlich verfügt es über eine Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde-Abteilung und eine Gynäkologie/Geburtshilfe-Abteilung.

Aufgrund der „enger werdenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen“ (Schreiben der Träger) haben sich die beiden Träger **Marienhaus GmbH, Waldbreitbach** und **Cusanus-Trägersgesellschaft**, Trier gezwungen gesehen, eine Zusammenarbeit in einem **Verbundsystem** mit den saarländischen Kliniken in Wadern, Losheim, Weiskirchen, Lebach und Illingen zu organisieren, um durch Abstimmung der Leistungsangebote Synergien zu erzielen. Hierdurch sollen die z.Z. „*defizitären Einrichtungen in die Gewinnzone geführt und Arbeitsplätze gesichert werden.*“ (Pressemitteilung der Träger)

Gleichzeitig haben die Träger die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GEBERA beauftragt, eine Entwicklungsplanung für die Hochwaldregion zu erarbeiten, um langfristig eine wirtschaftliche tragfähige Struktur der stationären Grundversorgung zu ge-

währleisten. Neben der derzeitigen Verbundlösung wird nach Bekunden der Geschäftsführung der Träger auch eine sogenannte **Ein-Standort-Lösung**, d.h. die Zentralisierung der Hochwaldkliniken an einem (neuen) Standort untersucht. Diese Lösungsvariante würde für das Hermeskeiler Krankenhaus mit Sicherheit die Rückstufung auf den Status einer sogenannten Portalklinik mit stark reduziertem medizinischem Behandlungsspektrum, wenn nicht gar langfristig das Aus bedeuten. Bei Portalkliniken handelt es sich um stationäre Einrichtungen, in denen Patienten zur Erstversorgung, Akutbehandlung und Abklärungsdiagnostik aufgenommen werden und dann in andere Häuser der Grund-, Regel- und Schwerpunktversorgung verlegt zu werden.

Die **Landesregierung von Rheinland-Pfalz** als zuständige Planungsinstanz hat sich durch die Gewährung erheblicher Fördermittel, aber auch durch folgende Aussagen der Gesundheitsministerin Malu Dreyer anlässlich der Einweihung des erweiterten Bereiches zum Fortbestand des Krankenhauses Hermeskeil bekannt: „Das Krankenhaus Hermeskeil ist für die medizinische Grundversorgung der Menschen im westlichen Hunsrück ein ganz wichtiger Standort, der beibehalten werden muss.“ (Trierischer Volksfreund, 11./12.10.2008) In einem Antwortschreiben an Landrat Günther Scharz am 29.01.2010 führt die Gesundheitsministerin folgendes aus:

„Lassen Sie mich als erstes unmissverständlich festhalten: Das Krankenhaus in Hermeskeil steht für mich nicht zur Disposition. ...

Ich kann Ihnen versichern, dass ich das Krankenhaus in jeglicher Hinsicht darin unterstützen werde, die gegenwärtige Struktur aufrecht zu erhalten.

Die Bildung eines sogenannten „Hochwald-Verbundes“ unter Einbeziehung des St. Josef Krankenhauses soll der Sicherung des Standortes Hermeskeil dienen.“

Trotz dieses begrüßenswerten Bekenntnisses zur Hermeskeiler Klinik durch die Gesundheitsministerin müssen die gutachterlichen Untersuchungen und Planungen auf Seiten der beiden Träger dennoch als – zumindest mittelfristige – Gefährdung des Krankenhauses gewertet werden!

Deshalb wendet sich der Ortsgemeinderat Malborn an die Träger

- **Marienhause GmbH, Waltbreitbach**
- **Cusanus Trägergesellschaft, Trier**
sowie die
- **Landesregierung Rheinland-Pfalz**

mit folgenden Forderungen:

- 1. Das St. Josef-Krankenhaus Hermeskeil bleibt als Krankenhaus der Grundversorgung mit seinem derzeitigen medizinischen Leistungsangebot erhalten!**

Die akut-medizinische Versorgung der Menschen im ländlichen Raum des westlichen Hunsrücks darf nicht abgebaut werden! Gegenüber den langen Wegen für Patienten und deren Angehörige zu Zentralkliniken ist einer relativ wohnortnahen Krankenhausversorgung der Vorrang einzuräumen. Falls dies aus wirtschaftlichen Gründen schwierig ist, hat die Politik durch eine entspre-

chende Behandlungskostenregelung oder ausgleichende finanzielle Förderung für einen Ausgleich zu sorgen.

2. Die Träger und die Landesregierung werden gebeten, durch die Ansiedlung neuer Behandlungsangebote die wirtschaftliche Perspektive zu verbessern!

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 2: (Antrag zur Erhebung von Parkplatzgebühren)

Entsprechend dem Beschluss des Ortsgemeinderates am 03.03.2010 informierte Ortsbürgermeisterin Neurohr die Anwesenden über die Einrichtung der Bushaltestelle an der Grundschule im Jahre 2005. Der Ortsgemeinderat habe am 10.12.2004 einstimmig der Verlegung der Bushaltestelle beschlossen, um eine gefährliche Situation für die Schüler zu bereinigen. Da der Anlieger an der neu eingerichteten Bushaltestelle aufgrund der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften in seinen Parkmöglichkeiten eingeschränkt worden sei, habe man ihm den Parkplatz an der Grundschule angeboten.

Ratsmitglied Lang wies darauf hin, dass zur Vermeidung von Ansprüchen anderer Verkehrsteilnehmer die Nutzung des Parkplatzes vertraglich mit einer Zahlung einer Gebühr geregelt werden sollte.

Ortsbürgermeisterin Neurohr wies auf die Inanspruchnahme öffentlicher Flächen an der Kirche, der Steinkopfhalle und dem Friedhof hin. Derzeit seien keine Probleme aufgetreten. Zudem bestehe in der Ortslage keine Parkplatznot.

Nach erfolgter Diskussion beschloss der Ortsgemeinderat, dass zur Vermeidung von Schadenersatzansprüchen gegenüber der Ortsgemeinde ein Nutzungsvertrag unter Berücksichtigung haftungsrechtlicher Aspekte mit dem Nutzer des gemeindeeigenen Parkplatzes an der Grundschule abgeschlossen werden soll. Eine Gebühr soll nicht erhoben werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 3: (Gewerbliche Entwicklung)

Ortsbürgermeisterin Neurohr teilte mit, dass zur Zeit die Fa. Ott GmbH im Auftrag der Fa. Düpre die Sammelleitung des Gewerbegebietes entlang der B 327 verlege. Die Firma Düpre habe heute die Bauarbeiten nach der Winterpause wieder aufgenommen. Die Bauarbeiten würden im zeitlichen Rahmen liegen.

Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat auf Antrag der Vorsitzenden, die Sitzung zu unterbrechen um dem Inhaber der Fa. Markengetränke Schwollen GmbH, Herrn Schupp, die Gelegenheit zu geben, über die Entwicklung seines Betriebes zu berichten.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Herr Schupp informierte über die Entwicklung seines Betriebes von den Anfängen in der Ortsgemeinde Schwollen bis zur Übernahme des insolventen Mineralwasserbetriebes in der Ortsgemeinde Thalfang. Er legte die wirtschaftlichen Gründe dar, die ihn von seiner ursprünglichen Entscheidung Abstand nehmen ließen, einen neuen Betrieb im Gewerbegebiet Malborn zu errichten.

Weiterhin informierte er über die derzeitige betriebliche Situation in den einzelnen Werken.

Anschließend beschloss der Ortsgemeinderat die Aufnahme der Sitzung.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Weiterhin beschloss der Ortsgemeinderat gemäß § 35 Abs. 2 der GemO die Herren

Schupp und Schöpfer zu dem Tagesordnungspunkt Grundstücksangelegenheiten im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung anzuhören.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 4: (Erneuerung des Mietvertrages der Antennenanlage auf dem Dach der Steinkopfhalle)

Die Vorsitzende teilte mit, dass die DFMG Deutsche Funkturm GmbH, Saarbrücken, den Mietvertrag für die auf dem Dach der Steinkopfhalle installierte Antennenanlage neu abschließen möchte. Die mit den Rechtsvorgängern der Gesellschaft bestehenden Mietverträge vom 28.11.2000/18.01.2001 sollen mit Beginn des neuen Vertrages aufgehoben werden.

Die Deutsche Funkturm GmbH beabsichtige, die vorhandene Mobilfunkantenne durch eine UMTS-Antenne zu ersetzen. Die neuere Technologie ermögliche auch mit entsprechenden Zusatzgeräten einen Zugang ins Internet. Eine Kopie des bestehenden Mietvertrages und der Entwurf des neuen Mietvertrages lag den Ratsmitgliedern zur Kenntnis vor. Der Mietpreis solle von 178 € monatlich auf 200 € monatlicherhöht werden.

Nach erfolgter Beratung beschloss der Rat, dass der Vertrag mit einer Unbedenklichkeitsbescheinigung ergänzt und der Mietpreis nachverhandelt werden soll. Der Tagesordnungspunkt soll auf der nächsten Sitzung nochmals beraten werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu Top 5: (Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin)

Ratsmitglied Lang bemängelte, dass seitens der Ortsbürgermeisterin über den Sachstand gefasster Beschlüsse des Ortsgemeinderates nicht zeitnah informiert werde. Er beantragte daher, dass zu Beginn jeder Sitzung des Ortsgemeinderates entsprechende Informationen durch die Ortsbürgermeisterin erfolgen sollen.

Fachbereichsleiter Suska verwies hierzu auf die Bestimmungen der Gemeindeordnung. Demnach entscheide die Ortsbürgermeisterin über die Aufstellung der Tagesordnung.

Die Ortsbürgermeisterin sagte zu, zukünftig den Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Ortsbürgermeisterin“ zu berücksichtigen.

Es wurde kein Beschluss gefasst.

Zu Top 6: (Informationen)

Die Ortsbürgermeisterin informierte über:

a) Wettbewerb „Kinder- und Jugendfreundliche Dorferneuerung 2010“

b) Fahrbahnverbreiterung K 113

Die Anwesenden wurden informiert, dass nach Mitteilung der Kreisverwaltung Bernkastel-

Wittlich keine Maßnahmen vorgesehen seien. Die Situation werde bei der nächsten Verkehrsschau untersucht.

c) DSL-Anschluss der Ortsgemeinde

Fachbereichsleiter Suska teilte mit, dass im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens eine Befragung durchgeführt worden sei. Die Telekom habe zwischenzeitlich Interesse an der Herstellung des DSL-Anschlusses bekundet. In der kommenden Woche werde die Ausschreibung der Maßnahme erfolgen. Alsdann werde eine Förderung der Maßnahme beantragt. Evtl. könne in der 2. Jahreshälfte die Auftragsvergabe erfolgen.

d) Grüngutabfallsammelplatz

Nach Auskunft von Ratsmitglied Steinmetz beabsichtige die Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich keine weiteren Grüngutabfallsammelplätze einzurichten.